



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2012

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung.....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland - Daten 2012.....	6
IV.	Zusammenfassung Länder.....	12
V.	Länder – Daten 2012.....	14
VI.	Tabellenverzeichnis.....	34

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. Im einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz über die Bundesstiftung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406) und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007 geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2012 **673.544** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**662.685** Geburten) ist damit die Geburtenzahl um 1,64 % gestiegen. Dagegen war 2011 gegenüber 2010 noch ein Geburtenrückgang von 2,2 % zu verzeichnen gewesen.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2012 dennoch leicht um 0,9 % auf 143.246 gesunken; auch die Zahl der tatsächlichen **Hilfeempfängerinnen** ging zurück und zwar um 1,4 % auf 130.464. Die Bewilligungsquote des letzten Jahres ist dagegen nur um 1 Prozentpunkt von 92 % auf 91 % gesunken (Tabelle 1).

Ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten ist der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, ist im Vergleich zum Vorjahr leicht von 20,0 % auf 19,4 % gesunken. Somit hat auch im Jahr 2012 etwa **jede fünfte Schwangere** Stiftungsmittel erhalten.¹

Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** blieb im Jahr 2012 konstant bei 97 % (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen ist wie schon in den Vorjahren nahezu unverändert geblieben. Der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, stieg im Berichtsjahr von 25% auf 26 % und der Anteil der Bezieherinnen sonstiger Sozialleistungen von 3% auf 4%. Infolgedessen sanken die Anteile der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB II und XII von 48% auf 47 % und der Hilfeempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und auch ohne einen Sozialleistungsbezug von 13% auf 12%. Die Anteile der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach SGB III bzw. Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung bezogen, blieben konstant (Tabelle 3).

In 2012 betrug der Prozentanteil der Hilfeempfängerinnen deutscher **Staatsangehörigkeit** wie im Vorjahr 72 %. Der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen blieb ebenfalls konstant bei 28 % (Tabelle 4).

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2012 geboren wurden, zum Teil bereits in 2011 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2012 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2013 geboren wurden.

Wie in den Vorjahren wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen auch in 2012 ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. So stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. und 62 % nach der 20. Schwangerschaftswoche (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es erneut eine minimale Verschiebung. So sank der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, von 40 % auf 39 %. Die Anteile der in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden lag unverändert bei 22 %, gleichzeitig stieg der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden von 38 % auf 39 % (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2012 um 18 Beratungsstellen verringert. Insgesamt wirkten somit 1.255 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Die **130.464 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland bekamen 2012 **durchschnittlich einen Betrag in Höhe von 695 Euro** aus Stiftungsmitteln des Bundes ausbezahlt. Dies entspricht gegenüber der durchschnittlichen Bewilligungssumme des Vorjahres in Höhe von 682 Euro einer Steigerung um 1,9 % (Tabelle 9).

Trotz Erhöhung des bundesweiten Durchschnittsbetrages hat sich in den Ländern Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt die durchschnittliche Bewilligungssumme verringert. Bremen ist nun mit einem Durchschnittsbetrag in Höhe von 459 Euro das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag und hat damit Mecklenburg-Vorpommern (478 Euro) abgelöst, das nun unter den Ländern mit den geringsten durchschnittlichen Bewilligungsbeträgen Platz zwei belegt. An dritter Stelle liegt Schleswig-Holstein mit 517 Euro.

Am höchsten war der Durchschnittsbetrag 2012 mit 1.218 Euro in Bayern. Baden-Württemberg folgt mit einem Durchschnittsbetrag von 1.154 Euro an zweiter Stelle, Rheinland-Pfalz (987 Euro) liegt wie schon im Vorjahr an dritter Stelle. Sachsen hat mit einem Plus von 85 Euro den stärksten Anstieg zu verzeichnen. Den größten Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es mit 37 Euro in Berlin (Tabelle 29).

Die **Anteile der Beträge pro Erstbewilligung** zeigen kleine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der Zahlungen zwischen 300 und 600 Euro und zwischen 1.000 und

1.500 Euro ist jeweils um 1 Prozentpunkt (auf 45 % bzw. 13 %) gestiegen. Die Anteile der Zahlungen bis 300 Euro sowie zwischen 600 und 1.000 Euro sind zugleich um jeweils 1 Prozentpunkt (auf 9 % bzw. 32 %) gefallen. Zahlungen über 1.500 Euro machen weiterhin nur 1 % der Bewilligungen aus (Tabelle 10).

III. Deutschland - Daten 2012

Endgültige Geburtenzahl: 673.544 (Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2005	146.952 (100 %)	132.698 (90 %)
2006	162.550 (100 %)	149.000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160.521 (100 %)	147.688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156.458 (100 %)	145.119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158.215 (100 %)	145.273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156.536 (100 %)	144.958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144.504 (100 %)	132.359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143.246 (100 %)	130.464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	der	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2005		34 (0 %)	4.875 (4 %)	127.788 (96 %)
2006		48 (0 %)	4.771 (3 %)	144.181 (97 %)
2007		37 (0 %)	4.589 (3 %)	143.062 (97 %)
2008		47 (0 %)	4.431 (3 %)	140.510 (97 %)
2009		54 (0 %)	3.984 (3 %)	141.235 (97 %)
2010		44 (0 %)	3.835 (3 %)	141.079 (97 %)
2011		39 (0 %)	3.344 (3 %)	128.976 (97 %)
2012		41 (0 %)	3.316 (3 %)	127.107 (97 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Status der Hilfeempfängerin	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2005	29.745 (20 %)	40.252 (28 %)	6.825 (5 %)	25.804 (18 %)	keine Angaben	28.297 (19 %)
2006	30.972 (21 %)	7.921 (5 %)	6.812 (5 %)	73.935 (50 %)	3.188 (2 %)	22.914 (15 %)
2007	33.138 (22 %)	5.729 (4 %)	6.266 (4 %)	75.472 (51 %)	3.443 (2 %)	21.133 (14 %)
2008	35.264 (24 %)	7.252 (5 %)	6.281 (4 %)	71.517 (49 %)	3.790 (3 %)	18.874 (13 %)
2009	35.647 (25 %)	7.303 (5 %)	6.686 (5 %)	70.610 (49 %)	4.030 (3 %)	18.916 (13 %)
2010	35.495 (24 %)	6.835 (5 %)	6.755 (5 %)	70.813 (49 %)	4.335 (3 %)	18.546 (13 %)
2011	33.397 (25 %)	5.883 (4 %)	6.299 (5 %)	63.423 (48 %)	3.935 (3 %)	16.864 (13 %)
2012	34.113 (26 %)	5.721 (4 %)	6.029 (5 %)	61.410 (47 %)	4.587 (4 %)	15.754 (12 %)
Veränderungen in Prozentpunkten 2011/2012	+1	0	0	-1	+1	-1

Die ungewöhnlichen Unterschiede im Vergleich 2005/2006 in den Spalten 3 und 5 dieser Tabelle beruhen auf einigen bayerischen Abweichungen bei der statistischen Erfassung zum wirtschaftlichen Status. Bayern trennte 2005 noch nach Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2005	101.859 (72 %)	39.893 (28 %)
2006	107.439 (72 %)	41.541 (28 %)
2007	107.143 (73 %)	40.545 (27 %)
2008	107.436 (74 %)	37.683 (26 %)
2009	107.048 (74 %)	38.225 (26 %)
2010	105.686 (73 %)	39.270 (27 %)
2011	95.539 (72 %)	36.820 (28 %)
2012	93.785 (72 %)	36.682 (28%)
Veränderung in Prozentpunkten 2011/2012	0	0

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2005	12.094 (9 %)	44.590 (31 %)	85.068 (60 %)
2006	12.604 (9 %)	45.988 (31 %)	90.408 (61 %)
2007	11.989 (8 %)	44.657 (30 %)	91.042 (62 %)
2008	11.441 (8 %)	44.424 (31 %)	89.254 (62 %)
2009	10.949 (7 %)	44.690 (31 %)	89.634 (62 %)
2010	10.886 (8 %)	45.381 (31 %)	88.691 (61 %)
2011	9.535 (7 %)	41.376 (31 %)	81.448 (62 %)
2012	9.135 (7 %)	40.554 (31 %)	80.775 (62 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2005	49.909 (43 %)	37.219 (32 %)	28.407 (25 %)
2006	66.672 (45 %)	51.963 (35 %)	30.365 (20 %)
Veränderung Prozentpunkte 2005/2006	+ 2	+ 3	- 5
2007	64.426 (44%)	52.566 (36%)	30.696 (21%)
Veränderung Prozentpunkte 2006/2007	- 1	+ 1	+ 1
2008	59.395 (41 %)	54.864 (38 %)	30.862 (21 %)
Veränderung Prozentpunkte 2007/2008	- 3	+ 2	0
2009	60.083 (41 %)	52.930 (37 %)	32.260 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2008/2009	0	- 1	+ 1
2010	59.033 (41 %)	54.602 (38 %)	31.323 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2009/2010	0	+ 1	0
2011	52.603 (40%)	50.664 (38 %)	29.092 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2010/2011	-1	0	0
2012	51.351 (39 %)	50.541 (39 %)	28.572 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2011/2012	- 1	+ 1	0

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwanger- schaftsbera- tungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2005	1.241	978	263
2006	1.271	1.002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1.279	1.013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1.275	1.018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1.276	1.026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1.284	1.033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1.273	1.027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1.255	1.025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2005	607 Euro
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2012

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17.404 (12%)	69.460 (47%)	42.232 (29%)	17.963 (12%)	1.807 (1%)
2007	17.886 (12%)	69.460 (48%)	39.111 (27%)	17.248 (12%)	1.693 (1%)
2008	16.112 (11%)	69.878 (48%)	40.541 (28%)	16.834 (12%)	1.752 (1%)
2009	14.543 (10 %)	64.475 (44 %)	45.933 (32 %)	18.350 (13 %)	1.836 (1 %)
2010	13.667 (9 %)	65.610 (45 %)	46.816 (32 %)	17.351 (12 %)	1.513 (1 %)
2011	12.720 (10 %)	58.357 (44 %)	43.694 (33 %)	16.065 (12 %)	1.523 (1 %)
2012	11.143 (9 %)	58.110 (45 %)	42.134 (32 %)	17.422 (13 %)	1.655 (1 %)

Die Statistik 2005 enthielt hierzu nur unvollständige Daten.

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2012 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

In 11 der 16 Bundesländer nahm die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** ab. In 2011 hingegen lag bei allen 16 Bundesländern ein Rückgang vor. Den höchsten Rückgang gab es 2012 in Niedersachsen. Im Vergleich zum Vorjahr erhielten 715 schwangere Antragstellerinnen weniger die Hilfeleistungen. In Sachsen gab es 536 Hilfeempfängerinnen weniger als im Vorjahr und in Thüringen 528. Dagegen waren in Bayern 1.595 Bewilligungen mehr zu verzeichnen als 2011. Das ist mit großem Abstand der höchste Anstieg, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit einem Anstieg von 217 Bewilligungen.

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** erreichten in 2012 Bayern und das Saarland mit jeweils 97 %, die niedrigsten Bewilligungsquoten hatten Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin mit 88 % (Tabelle 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag im Durchschnitt wie in den Vorjahren auch in 2012 bei 97 %, 3 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Anträge von Mädchen unter 14 Jahren gab es nur ganz vereinzelt (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, stieg in 2012 bundesweit um 1 Prozentpunkt auf 26 %. Die größten Veränderungen gab es dabei in Bayern. Dort stieg der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozentpunkte. In Baden-Württemberg ist er dagegen um 4 Prozentpunkte gesunken. (Tabelle 17)

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB II und SGB XII** erhielten, sank im Bundesdurchschnitt um nur 1 Prozentpunkt auf 47 %. In den meisten Bundesländern waren die Schwankungen nach oben und unten ähnlich gering und bewegten sich zwischen 0 und 3 Prozentpunkten. Eine höhere Steigerung gab es jedoch in Bayern mit 7 Prozentpunkten und in Baden-Württemberg mit 5 Prozentpunkten (Tabelle 20).

Die Anzahl der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** sank in 12 Bundesländern. Den stärksten Rückgang verzeichnete Baden-Württemberg um 297 Fälle auf 1.304. Hingegen gab es mit 34 Hilfeempfängerinnen mehr den höchsten Anstieg in Hamburg (Tabelle 23).

Der prozentuale Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** in 2012 blieb wie im Vorjahr konstant bei 28 %. In den alten Bundesländern lag er zwischen 22 % (in Schleswig-Holstein) und 44 % (in Hamburg). Den höchsten Anstieg um 6 Prozentpunkte hatte Baden-Württemberg zu verzeichnen, gefolgt vom Saarland mit einem Anstieg von 3 Prozentpunkten. In den neuen Bundesländern war der Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen weiterhin sehr niedrig. Er lag zwischen 4 % (in Mecklenburg-Vorpommern) und 7 % (in Sachsen und Sachsen-Anhalt) (Tabelle 24).

In den meisten Ländern wurde der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, wie schon im Vorjahr mit Ausnahme von Saarland und Sachsen, wo 43 % bzw. 46 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche stellten (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten überwiegend die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 38 % und 52 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist jeweils der geringste (zwischen 12 % und 26 %). In den neuen Bundesländern stellen jeweils die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (zwischen 41% und 52 %), gefolgt von den in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden. Verheiratete machen dort nur 18 % bis 21 % der Hilfeempfängerinnen aus (Tabelle 26).

Die Landesstiftungen von Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen verfügten 2012 wie bereits im Jahr zuvor über **zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung**. Gegenüber dem Vorjahr verringerte Thüringen die Eigenmittel um 17,3 %. Bayern dagegen erhöhte sie um 3.159.603 Euro. Das war gegenüber 2011 eine Steigerung um

das 24-Fache. Berlin und Sachsen-Anhalt stockten die Eigenmittel ebenfalls auf. In Rheinland-Pfalz blieb der Betrag wieder unverändert.

V. Länder – Daten 2012

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	9.144	14.543	8.552	7.919
2006	10.344	15.959	9.009	7.844
2007	11.156	15.592	8.248	8.188
2008	10.194	13.443	8.190	7.794
2009	11.634	13.099	8.721	7.396
2010	11.285	13.971	8.919	7.274
2011	11.108	10.890	8.744	6.810
2012	10.943	12.485	8.563	6.495

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.241	4.395	10.409	6.087
2006	2.382	4.480	10.458	6.234
2007	2.354	4.658	10.527	6.103
2008	2.190	4.558	10.315	6.120
2009	2.332	4.697	10.487	5.835
2010	2.074	4.687	10.331	5.703
2011	2.021	4.568	9.693	5.250
2012	2.068	4.603	9.359	5.028

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	18.807	36.242	5.590	1.573
2006	18.877	36.904	5.747	1.765
2007	18.479	36.313	5.728	1.770
2008	17.855	36.682	5.721	1.746
2009	17.942	38.513	5.878	1.856
2010	17.797	37.887	5.718	1.755
2011	16.464	35.613	5.121	1.550
2012	15.749	35.830	5.280	1.521

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	11.281	7.920	6.705	5.953
2006	11.603	7.905	6.881	6.158
2007	11.292	7.239	6.872	6.002
2008	10.785	7.477	6.769	5.919
2009	10.440	7.209	6.766	5.410
2010	9.867	6.747	6.835	5.686
2011	8.855	6.191	6.399	5.227
2012	8.319	5.946	6.358	4.699

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	7.692	14.258	7.481	7.676
2006	9.140	15.647	8.138	7.522
2007	10.883	15.286	7.371	7.942
2008	10.180	13.179	7.522	7.616
2009	10.737	12.842	7.915	7.205
2010	10.915	13.564	8.101	7.053
2011	10.397	10.573	7.777	6.604
2012	10.048	12.110	7.519	6.141

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.111	4.217	9.054	5.691
2006	2.258	4.333	9.858	5.835
2007	2.240	4.486	9.536	5.757
2008	2.056	4.338	9.569	5.753
2009	2.192	4.459	9.698	5.467
2010	1.971	4.457	9.632	5.382
2011	1.904	4.312	8.948	4.907
2012	1.945	4.334	8.628	4.619

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	17.163	30.813	4.918	1.522
2006	17.154	32.541	5.048	1.725
2007	16.848	32.287	4.957	1.710
2008	16.370	32.396	5.091	1.702
2009	16.536	33.539	5.379	1.784
2010	16.475	33.367	5.126	1.710
2011	14.970	31.083	4.582	1.500
2012	14.504	31.432	4.625	1.477

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	10.101	7.384	6.127	5.544
2006	10.335	7.371	6.341	5.754
2007	9.831	6.765	6.189	5.600
2008	10.769	6.998	6.095	5.485
2009	9.556	6.732	6.149	5.083
2010	9.289	6.258	6.296	5.362
2011	8.310	5.788	5.881	4.283
2012	7.371	5.484	5.913	4.314

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
unter 14 Jahre	5	3	2	1
14 – 18 Jahre	122	331	160	90
ab 18 Jahre	9.921	11.776	7.357	6.050

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
unter 14 Jahre	0	1	2	2
14 – 18 Jahre	51	88	154	98
ab 18 Jahre	1.894	4.245	8.472	4.519

Alter	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
unter 14 Jahre	0	14	2	1
14 – 18 Jahre	496	813	154	49
ab 18 Jahre	14.008	30.605	4.469	1.427

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
unter 14 Jahre	1	3	1	3
14 – 18 Jahre	230	193	163	124
ab 18 Jahre	7.140	5.288	5.749	4.187

Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

Einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.618	6.525	1.496	2.090
2006	2.078	7.118	1.550	1.952
2007	2.967	7.324	1.253	2.132
2008	3.720	6.625	1.935	2.113
2009	3.847	5.900	1.991	2.048
2010	3.368	6.013	1.846	2.196
2011	3.826	4.905	1.616	2.191
2012	3.284	6.556	1.750	2.134

Einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	353	764	1.584	1.354
2006	339	716	2.056	1.283
2007	333	777	2.223	1.320
2008	327	842	2.354	1.383
2009	264	898	2.203	1.456
2010	253	1.010	2.060	1.423
2011	287	1.002	2.055	1.364
2012	304	988	1.858	1.308

Einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	1.996	6.087	989	200
2006	1.912	6.234	1.022	286
2007	10.527	6.103	1.017	240
2008	2.400	5.401	1.183	282
2009	2.603	5.705	1.323	274
2010	2.511	5.776	1.569	271
2011	2.358	5.733	1.099	243
2012	2.253	5.885	1.191	275

Einkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	2.070	888	1.582	2.013
2006	1.699	710	1.655	1.974
2007	1.443	1.020	1.592	2.300
2008	1.561	1.090	1.653	2.395
2009	1.501	1.467	1.825	2.342
2010	1.434	1.517	1.876	2.372
2011	1.343	1.370	1.934	2.071
2012	1.220	1.259	1.988	1.860

Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern

SGB III	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	717	7.942	299	651
2006	1.049	0	120	346
2007	616	0	85	333
2008	636	1.427	178	303
2009	646	1.327	207	254
2010	654	1.192	185	265
2011	641	670	197	285
2012	629	779	210	255

SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	340	222	3.775	630
2006	99	202	633	365
2007	49	155	522	331
2008	48	130	793	315
2009	57	233	531	274
2010	49	303	453	289
2011	44	293	335	304
2012	43	131	387	283

SGB III	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	9.272	9.749	502	51
2006	529	1.731	555	84
2007	488	1.385	409	60
2008	600	1.270	275	74
2009	652	1.507	298	77
2010	614	1.354	290	69
2011	538	1.176	275	73
2012	488	1.222	246	62

SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	5.382	352	708	1.014
2006	479	220	381	1.128
2007	343	173	282	498
2008	324	159	227	493
2009	302	178	247	513
2010	281	148	241	448
2011	262	168	243	379
2012	253	187	245	301

Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	828	578	145	392
2006	1.147	550	184	295
2007	760	558	165	320
2008	691	567	198	294
2009	654	555	262	306
2010	680	629	313	291
2011	659	523	332	245
2012	686	525	291	221

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	88	118	314	459
2006	105	172	305	387
2007	99	200	294	410
2008	97	206	317	408
2009	98	251	325	357
2010	81	150	315	317
2011	76	129	268	301
2012	73	104	294	239

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	744	1.059	239	88
2006	855	1.052	225	95
2007	818	892	258	81
2008	910	871	186	96
2009	844	1.015	55	102
2010	885	1.040	158	89
2011	896	951	180	85
2012	853	988	154	106

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	646	392	273	462
2006	489	285	252	414
2007	467	226	292	426
2008	455	204	343	438
2009	390	764	296	413
2010	376	686	299	446
2011	319	656	251	428
2012	254	586	279	376

Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern

SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	815	293	3.010	2.976
2006	1.467	7.762	5.942	3.340
2007	4.378	7.180	5.546	3.388
2008	3.330	4.350	4.796	4.125
2009	3.563	4.879	5.050	3.881
2010	3.551	5.580	5.285	3.460
2011	3.443	4.323	5.124	3.122
2012	3.860	4.120	4.696	2.850

SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	92	1.674	534	2.153
2006	1.319	2.223	4.557	3.151
2007	1.361	2.425	4.408	3.024
2008	1.189	2.281	4.593	3.219
2009	1.316	2.328	4.595	2.868
2010	1.180	2.411	4.550	2.830
2011	1.141	1.966	4.292	2.466
2012	1.128	2.114	3.850	2.388

SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	462	3.801	1.621	765
2006	9.823	14.840	1.886	888
2007	9.386	15.536	1.989	959
2008	8.305	15.735	1.985	901
2009	8.545	16.205	2.015	995
2010	8.671	16.232	2.025	949
2011	7.549	14.817	1.767	783
2012	7.214	14.889	1.854	737

SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	268	3.940	1.447	1.953
2006	6.352	5.663	2.599	2.123
2007	6.332	4.872	2.630	2.058
2008	7.240	5.062	2.517	1.889
2009	6.423	3.825	2.559	1.563
2010	6.172	3.463	2.663	1.791
2011	5.537	3.163	2.328	1.602
2012	4.938	3.017	2.303	1.452

Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern

Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	19	14	155	117
2006	14	14	183	92
2007	12	20	157	67
2008	29	6	212	62
2009	109	2	202	62
2010	118	9	263	73
2011	129	20	341	70
2012	161	19	387	87

Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	272	231	268	4
2006	89	216	208	6
2007	99	169	141	5
2008	95	143	101	2
2009	95	111	108	3
2010	67	103	118	2
2011	77	195	156	6
2012	68	220	179	5

Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	617	1.284	9	24
2006	570	1.483	2	28
2007	473	1.047	4	16
2008	378	831	2	22
2009	343	796	3	23
2010	357	786	10	18
2011	396	831	6	14
2012	410	983	14	27

Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	65	159	125	38
2006	68	133	105	47
2007	46	94	98	32
2008	48	92	91	27
2009	35	77	88	24
2010	36	90	95	34
2011	46	107	131	33
2012	52	98	109	31

Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern

Sonstige Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9	80	7	775
2007	259	86	11	986
2008	197	83	18	26
2009	136	78	18	26
2010	121	73	16	25
2011	98	60	11	28
2012	124	57	9	20

Sonstige Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19	4	678	50
2007	21	6	546	37
2008	29	4	211	37
2009	19	6	454	32
2010	29	6	502	49
2011	26	3	494	41
2012	64	19	834	28

Sonstige Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83	1.172	10	28
2007	169	1.032	11	15
2008	779	2.063	28	17
2009	2.067	842	34	21
2010	2.036	1.004	42	30
2011	1.985	711	40	31
2012	2.110	861	54	16

Sonstige Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63	21	121	68
2007	62	36	68	98
2008	98	25	71	104
2009	91	25	78	103
2010	120	28	170	84
2011	106	27	164	110
2012	90	19	179	103

Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	3.923	116	359	841
2006	3.376	123	152	722
2007	1.891	118	154	716
2008	1.577	121	185	693
2009	1.782	101	185	628
2010	2.423	68	193	743
2011	1.601	72	156	663
2012	1.304	54	176	574

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg - Vorpommern
2005	Keine Angaben	771	2.316	691
2006	288	800	1.421	593
2007	278	754	1.402	630
2008	271	732	1.200	389
2009	343	632	1.482	477
2010	312	474	1.634	472
2011	253	724	1.348	425
2012	265	758	1.226	368

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	3.732	10.271	1.545	330
2006	3.382	7.641	1.348	316
2007	3.384	7.301	1.269	339
2008	1.714	7.509	1.432	310
2009	1.482	7.496	1.651	292
2010	1.401	7.175	1.032	284
2011	1.248	6.864	1.215	271
2012	1.176	6.604	1.112	254

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	1.329	509	1.564	0
2006	1.185	339	1.228	0
2007	1.138	344	1.227	188
2008	1.043	366	1.193	139
2009	814	397	1.056	125
2010	870	326	952	187
2011	697	297	830	200
2012	564	318	810	191

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	6.579	7.787	4.567	5.801
Ausländerinnen	3.469	4.323	2.952	340

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1.202	2.414	5.019	4.414
Ausländerinnen	743	1.920	3.609	205

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	10.779	19.927	3.483	1.114
Ausländerinnen	3.725	11.505	1.142	363

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	6.872	5.113	4.608	4.103
Ausländerinnen	499	371	1.305	211

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	43	887	87	140
13. bis 20.	2.506	2.975	1.154	1.299
nach der 20.	7.499	8.248	6.278	4.702

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	51	114	374	58
13. bis 20.	455	896	2.067	890
nach der 20.	1.439	3.324	6.187	3.671

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	410	3.756	514	356
13. bis 20.	4.742	13.642	1.088	628
nach der 20.	9.352	14.034	3.023	493

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	816	88	946	495
13. bis 20.	3.373	1.545	1.863	1.431
nach der 20.	3.182	3.851	3.104	2.388

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern

Lebensform	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	5.178	5.143	2.961	1.289
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.195	4.949	2.867	2.528
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1.675	2.018	1.691	2.324

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	927	1.892	4.295	870
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	596	1.913	3.005	2.118
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	422	529	1.328	1.631

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.116	14.678	1.896	559
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5.216	11.374	1.663	640
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3.172	5.380	1.066	278

Lebensform	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1.343	1.011	2.345	848
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.848	2.826	2.034	1.769
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2.180	1.647	1.534	1.697

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	61	64
Freie Trägerschaft	99	69	50	55
Staatlich/kommunal	25	80	11	9
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	59	70
Freie Trägerschaft	99	72	49	55
Staatlich/kommunal	25	80	10	15
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	57	65
Freie Trägerschaft	99	72	47	52
Staatlich/kommunal	25	80	10	13
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	52	66
Freie Trägerschaft	103	72	45	53
Staatlich/kommunal	21	80	7	13
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	153	50	62
Freie Trägerschaft	103	77	45	49
Staatlich/kommunal	21	76	5	13
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	155	54	63
Freie Trägerschaft	104	78	49	51
Staatlich/kommunal	21	77	5	12
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	148	52	64
Freie Trägerschaft	104	72	47	52
Staatlich/kommunal	21	76	5	12
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	52	62
Freie Trägerschaft	103	73	46	50
Staatlich/kommunal	21	76	6	12

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4	4	77	41
Freie Trägerschaft	4	4	77	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	84	41
Freie Trägerschaft	6	4	84	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	41
Freie Trägerschaft	6	4	89	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	94	41
Freie Trägerschaft	6	4	94	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	41
Freie Trägerschaft	6	4	88	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	42
Freie Trägerschaft	6	4	89	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	42
Freie Trägerschaft	6	4	88	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	41
Freie Trägerschaft	6	4	87	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	226	183	81	19
Freie Trägerschaft	152	159	81	3
Staatlich/kommunal	74	24	0	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233	179	80	19
Freie Trägerschaft	155	157	80	18
Staatlich/kommunal	78	22	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244	179	81	19
Freie Trägerschaft	165	157	81	19
Staatlich/kommunal	79	22	0	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239	181	80	18
Freie Trägerschaft	162	158	80	18
Staatlich/kommunal	77	23	0	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249	181	81	19
Freie Trägerschaft	173	158	81	19
Staatlich/kommunal	76	23	0	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245	181	81	20
Freie Trägerschaft	168	158	81	19
Staatlich/kommunal	77	23	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247	180	80	19
Freie Trägerschaft	172	157	80	19
Staatlich/kommunal	75	23	0	0
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238	180	80	19
Freie Trägerschaft	176	158	80	19
Staatlich/kommunal	62	22	0	0

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	52	50	41
Freie Trägerschaft	60	49	35	41
Staatlich/kommunal	21	3	15	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	51	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	21	3	13	0
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	51	49	39
Freie Trägerschaft	59	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	3	13	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	50	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	50	49	39
Freie Trägerschaft	60	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	49	50	40
Freie Trägerschaft	61	47	37	40
Staatlich/kommunal	19	2	13	0
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	48	50	39
Freie Trägerschaft	63	46	37	39
Staatlich/kommunal	18	2	13	0
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78	48	51	36
Freie Trägerschaft	63	46	38	36
Staatlich/kommunal	15	2	13	0

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2012 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	Nein (es gilt sonstige Einkommensgrenze)	2,0xRS (Härtefälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 90% v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Bruttobezüge
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunftskosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS und 2-facher RS bei Alleinerziehenden
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80% RS HA (0-5J.) =1,5x60% RS HA (6-13J.) =1,5x70% RS HA (14-24J.) =1,5x80% RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2xRS +Mehrbedarf für Schwangere + Kosten der Unterkunft	AL 2,5 RS HV + HA 1,5 RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angemessene Kosten der Unterkunft

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2012 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.050	922	565	437
2006	1.050	848	555	475
2007	1.047	867	574	460
2008	1.080	1.001	584	472
2009	1.110	1.080	644	465
2010	1.124	1.029	626	495
2011	1.085	1.250	599	536
2012	1.154	1.218	562	559

Durchschnittsbetrag	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	426	521	684	403
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478

Durchschnittsbetrag	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	485	611	864	653
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754

Durchschnittsbetrag	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	553	460	532	546
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2012 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	2.323	605	815	84
Bis 600 Euro	0	3.149	2.636	4.151
Bis 1000 Euro	0	4.602	3.548	1.858
Bis 1.500 Euro	7.725	3.270	496	17
Über 1.500	0	484	24	31

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	936	226	65	1.875
Bis 600 Euro	627	3.202	2.209	1.293
Bis 1000 Euro	362	828	5.850	1.421
Bis 1.500 Euro	16	64	426	8
Über 1.500 Euro	4	14	78	22

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	566	1.167	343	17
Bis 600 Euro	9.278	17.853	1.594	743
Bis 1000 Euro	3.868	11.023	1.013	275
Bis 1.500 Euro	718	1.315	1.101	388
Über 1.500 Euro	74	74	574	54

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	842	91	812	376
Bis 600 Euro	1.978	4.287	3.608	1.502
Bis 1000 Euro	3.180	1.020	1.396	1.890
Bis 1.500 Euro	1.228	84	90	476
Über 1.500 Euro	143	2	7	70

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	gemischt	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	Siehe Gesamtbewertung	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	ja	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	3.294.392	209.027	0

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	nein	nein	360.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	0	1.700	0	19.209

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	6
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	7
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	7
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	10
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2012	11
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	11
Tabelle 12: Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	14
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	15
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	16
Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	17
Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern	18
Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern	19
Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern	20
Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern	21
Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern	22
Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	23
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern	24
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern	24
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2012 nach Bundesländern	25
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	26
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2012 nach Bundesländern ..	30
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2012 nach Bundesländern	31
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2012 nach Bundesländern	32
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	33
Tabelle 32: Orientierungsrahmen	33
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	33